

Familienstreit führte Polizei zu einer Hanfplantage

WEIZ. Ein Familienstreit wegen „ein bisschen Gras“ rief Dienstagabend im oststeirischen Pischelsdorf am Kulm (Bezirk Weiz) die Polizei auf den Plan: Vater und Sohn waren sich wegen einer „Grow Box“ im Gästezimmer des gemeinsamen Hauses uneins. Als der 26-Jährige die Polizei rief, stellte diese kurzerhand die gesamte Indoor-Plantage sicher. Der Mann wurde angezeigt, berichtete die Polizei am Mittwoch. **Der Vater (51) hatte das „seltsame**

Zelt“ im Gästezimmer offenbar vor einigen Tagen entdeckt und seinem Sohn ein Ultimatum gestellt, dass die Cannabispflanzen verschwinden müssten. Der Streit darüber artete am Dienstag dann so aus, dass der 26-Jährige selbst die Polizei rief. Die Beamten fanden dann die Plantage mit sieben Hanfpflanzen, die bis zu 130 Zentimeter hoch waren. Es gab auch Belüftung, Beleuchtung und eine Zeitschaltuhr. **SN, APA**



KRITIKRAX

Eine Maskenpflicht unterm Christbaum hätte schon einen Vorteil: Man hört nicht so gut, wie falsch die Weihnachtslieder gesungen werden.

Sieben ältere Frauen wurden nach Bankbesuch überfallen

WIEN. Ein Mann hat sechs ältere Frauen in Wien ausgeraubt und einen weiteren Versuch dazu unternommen. Der Türke (66) wählte fünf Mal Personen aus, die kurz zuvor Geld behoben hatten. In zwei Fällen bat er die Opfer bei deren Wohnungen um ein Glas Wasser. Der Beschuldigte wurde nach der Veröffentlichung von Lichtbildern festgenommen. Der in Wien-Favoriten wohnende Serienräuber beobachtete die teilweise mit Rollator

ausgestatteten Frauen im Alter von 74 bis 92 Jahren beim Beheben von Bargeld. Im Anschluss folgte er ihnen zu ihren Wohnungen in verschiedenen Teilen Wiens, wo er ihnen im Stiegenhaus ihre Handtaschen entriß. In einem Fall schlug er auf eine Frau ein, wodurch diese zu Sturz kam und sich einen Knochenbruch zuzog. Stiegenhäuser sind bei Tätern besonders beliebt, weil weniger Zeugen als auf offener Straße zugegen sind. **SN, APA**



Neuzugang bei den Orang-Utans in Wien

Die beiden neuen Orang-Utan-Weibchen Surya und Sari haben sich im Wiener Tiergarten Schönbrunn offenbar gut eingelebt. Der Zoo veröffentlichte am Mittwoch erste Fotos der beiden aus den Zoos von Rosstock und Dublin stammenden Menschenaffen. Sie balgen miteinander und mit dem Rest der Gruppe, schlugen Purzelbäume und kuscheln. „Schritt für Schritt haben sie uns Tierpfleger, die neuen Abläufe und ihre Artgenossen kennengelernt und wurden erfolgreich in die Gruppe integriert“, erzählt Tierpfleger Sascha Grasinger. **BILD: SN/APAZOO SCHÖNBRUNN/D. ZUPANČ**

Angst, Gewalt: Kinder litten unter Lockdown

Das Beratungstelefon Rat auf Draht verzeichnete Anstiege bis zu 380 Prozent. „Kinder konnten sich niemandem anvertrauen.“

ANDREAS TRÖSCHER

WIEN. Lockdown, Schulschließungen, Abstandsregeln, Ausgangsverbote, Heimunterricht, gestresste Eltern – die Coronapandemie mit all ihren Beschränkungen hat in der Psyche von Kindern und Jugendlichen deutliche Spuren hinterlassen. Das ist mittlerweile auch mit konkreten Zahlen belegbar.

So hat etwa das Beratungstelefon Rat auf Draht von SOS-Kinderdorf teils dramatische Steigerungsraten registriert. „Wir haben im November 4096 Beratungen durchgeführt, etwa so viel wie im Vorjahr“, berichtet Kinderdorf-Sprecherin Martina Stemmer. Doch im Vergleich zum November 2019 gab es etwa beim Thema psychische Gewalt einen Anstieg von 120 Prozent, bei Autoaggression 75 Prozent, bei Angst (Zukunft, Tod, Schuleinstieg) 193 Prozent. Anfragen zu Prüfungsangst stiegen um 200 Prozent.

Schon während des ersten Lockdowns schossen die Zahlen in die Höhe. Stemmer: „Da war Angst auch schon ein Riesenthema.“



„Kinder waren von zu Hause abhängig.“

Hedwig Wölfl,
Psychologin

ma.“ Plus 220 Prozent bei Anfragen. Physische Gewalt: plus 88 Prozent. Körperliche Gewalt in der Familie: plus 380 Prozent. Konflikte zwischen Eltern: plus 205 Prozent.

Bei der Wiener Kinder- und Jugendhilfe (MA 11) wartet man mit Spannung und Sorge auf die Gesamtsumme der Gefährdungsmeldungen von Polizei, Schulen, Kindergärten und Spitälern für das Jahr 2020. Im Vorjahr gab es 10.714 Gefährdungsabklärungen – 5933 wegen Verdachts auf Vernachlässigung, 2815 wegen Verdachts auf psychische Gewalt, 1856 wegen Verdachts auf körperliche Gewalt sowie 110 wegen Verdachts auf sexuellen Missbrauch. 913 Kinder wurden in Krisenzentren untergebracht, 167 bei Krisenpflegeeltern. „Wir glauben nicht, dass wir heuer über den Zahlen von 2019 sein werden“, schätzt Behördensprecherin Andrea Friemel. „Weil in den Lock-

downs die Schulen Betreuung angeboten haben. Und weil Familien, die wir schon davor gekannt haben, intensiv weiterbetreut wurden.“

„Wir vermuten, dass der Anstieg erst kommen wird, wenn die Pandemie vorbei ist“, erklärt Psychologin Hedwig Wölfl von der Kinderschutzorganisation Die Möwe. „Kinder hatten vor allem im Lockdown ja niemanden, dem sie sich hätten anvertrauen können. Sie waren viel mehr von zu Hause abhängig als normal.“ Wölfls Fazit aus den vergangenen Monaten: „Wo vorher schon Gewalt war, ist es noch schlimmer geworden.“ Es gebe aber auch positive Beispiele, wo plötzlich alle daheim gewesen seien und Zeit füreinander gehabt hätten.

In einer Umfrage der Möwe unter 1000 Personen im Oktober und November hielt lediglich die Hälfte der Befragten gewaltfreie Erziehung für ideal. Mehr als ein Fünftel kann sich heute noch keine Erziehung ohne zumindest leichte körperliche Bestrafungen vorstellen. Und etwa ebenso viele sind der Meinung, dass manchmal drastische Mittel eingesetzt werden müssen. Psychologin Wölfl: „Ein erschreckendes Ergebnis.“

Wie Straftäter ihre politischen Ämter verlieren

Wegen Vergewaltigung angeklagter ÖVP-Landtagsabgeordneter bleibt vorerst entschuldigt fern.

FRITZ PESSL

LINZ, WELS. Nach anfänglichem Zögern teilte am Dienstagabend ein ÖVP-Landtagsabgeordneter aus dem Bezirk Eferding mit, dass er wegen der gegen ihn erhobenen Anklage wegen Verdachts der dreifachen Vergewaltigung einer Mitarbeiterin sein Mandat bis zum Abschluss des Verfahrens ruhend legen werde.

Ein Blick in die Geschäftsordnung des Oberösterreichischen Landtags zeigt allerdings, dass ein Ruhendstellen gar nicht vorgesehen ist. Der Abgeordnete kann auf sein Mandat schriftlich verzichten, was zu einem Ausscheiden ohne Rückkehrmöglichkeit führt. Der Nächste in der Wahlliste rückt in diesem Fall nach. Der Bürgermeister und Landespolitiker ist aber

trotz sehr detaillierter Vorwürfe von seiner Unschuld und einem entsprechenden Freispruch überzeugt. Um weiter als Volksvertreter agieren zu können, lässt er sich zunächst für 30 Tage entschuldigen. Eine Entschuldigung aus triftigem Grund sieht die Landesverfassung vor. Beispielsweise ist ÖVP-Klubobfrau Helena Kirchmayr im Mutterchutz und sie kehrt nach drei Monaten entschuldigtem Fernbleibens im Jänner in den Landtag zurück.

Der 54-jährige Beschuldigte argumentiert, er werde bis zu seinem Strafprozess am 14. Jänner keine öffentlichen Termine wahrnehmen, um sich voll auf sein Strafverfahren konzentrieren zu können. Der ÖVP-Politiker sitzt in insgesamt vier Ausschüssen (Verfassung, Umwelt, Baurecht, Sport). Seine Bezüge – gut 7000 Euro brutto – werde er an eine

soziale Einrichtung spenden. Da nicht davon auszugehen ist, dass schon im Jänner ein rechtskräftiges Urteil ergeht, stellt sich die Frage, wie lang ein Volksvertreter abwesend sein darf. Theoretisch unbefristet, solange Landtagspräsident Wolfgang Stanek (ÖVP) die Ent-

Fall Rosenstingl bislang im Parlament einzigartig

schuldigung als triftig akzeptiert. Der Ball liegt dann also bei ihm. Stanek kann sich nicht daran erinnern, dass in den vergangenen 30 Jahren jemals eine Entschuldigung nicht angenommen worden wäre. „Bei Entschuldigungen ist immer ein triftiger Grund vorgelegen“, sagt sein Büroleiter Stefan Neißl.

Wie von Verfassungsrechtlern

der Johannes-Kepler-Universität Linz zu hören ist, gab es im Parlament bislang einen einzigen Fall unentschuldigtem Fernbleibens. Betroffen war der FPÖ-Abgeordnete Peter Rosenstingl. Der später wegen schweren Betrugs zu sieben Jahren Haft verurteilte Wirtschaftstreuhänder aus Niederösterreich flüchtete im April 1998 vor der Justiz nach Brasilien. Zwei Monate später wurde er in Fortaleza festgenommen. Ein Jahr lang wurde um seine Auslieferung verhandelt und da Rosenstingl in dieser Zeit nicht im Parlament in Wien anwesend sein konnte, entzog ihm der damalige Nationalratspräsident Heinz Fischer sein Mandat.

Wer rechtskräftig mindestens ein Jahr unbedingte Haft erhält, verliert automatisch sein Mandat und alle öffentlichen Ämter.

Reitlehrer wegen Sexattacken auf Frauen verurteilt

GRAZ. Ein steirischer Reitlehrer, der wegen vierfacher Vergewaltigung angeklagt war, wurde am Grazer Straflandesgericht zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Der 56-Jährige soll insgesamt neun Frauen sexuell missandelt haben. Die Vorfälle spielten sich im Reitstall und teilweise während des Unterrichts ab. Da der Angeklagte geständig war, wurde auf Zeugen verzichtet. Unter dem Vorwand, die „Sitzposition korrigieren zu wollen“, begripschte der Angeklagte die auf dem Pferd sitzenden Mädchen, über einige fiel er dann in der Sattelkammer her. Der Angeklagte erbat sich nach dem Urteil Dienstagabend Bedenkzeit, der Staatsanwalt gab keine Erklärung ab. Das Urteil ist daher nicht rechtskräftig. **SN, APA**